

Klares Zeichen an die Szene

Polizei stellt umfangreiches Beweismaterial im Döbelner NSD-Domizil sicher / Verbot wird befürwortet

Sächsisches Innenministerium und Polizei kündigen weitere Verbote in Sachsen an

Döbeln/Dresden. Ins Herz haben die sächsischen Ermittler des Verfassungsschutzes, der Soko Rex und des Operativen Abwehrzentrums (OAZ) die Neonaziszene nicht getroffen. Aber, so betonte es Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) gestern, "jedes konsequente Zeichen gegen die Szene, ist wichtig, um zu verdeutlichen, dass wir niemanden zulassen, der sich gegen die verfassungsrechtliche Ordnung stellt".

Dass die Muldestadt keinesfalls als Keimzelle neonazistischer Verstrickungen in Sachsen erhalten kann, wurde in den gestrigen Erklärungen nur allzu deutlich. Das NSD-Verbot wurde in Dresden zwar als "deutlicher Erfolg im Kampf gegen Rechtsextreme" gewertet, wie der Innenminister nicht müde wurde zu betonen. Der Gruppe, die einen inoffiziellen Treffpunkt in der Reichensteinstraße unterhielt, wird von Beobachtern aber nicht die Bedeutung beigemessen, die ihr mit der Aufregung um das gestrige Verbot zufiel. "Für das Verbot der NSD war die Zeit reif. Dem gingen lange Ermittlungen im Landesamt für Verfassungsschutz voraus", erklärte Leipzigs Polizeichef Bernd Merbitz. Tatsächlich blieb es um die Döbelner Neonazis seit Monaten still.

Dass ausgerechnet Döbeln ins Visier der Verfassungsschützer geriet, hänge maßgeblich mit früheren Beobachtungen der NSD durch die Ermittler zusammen. Polizeichef Merbitz nannte Skinheadkonzerte mit bis zu 400 Zuschauern und gewaltsame Übergriffe auf Jugendliche im Stadtgebiet als Beispiele. "Es wird mit Sicherheit nicht der letzte Schlag gegen die Szene sein, die in mehreren Teilen Sachsens in unterschiedlichsten Gruppierungen agieren, aber weit vernetzt sind," so Innenminister Ulbig. Ohne Details zu nennen, deuteten Verfassungsschützer, Polizeichef Merbitz und Innenminister Ulbig an, dass weitere Gruppen in Colditz, Wurzen und Geithain beobachtet würden. "Von dem heutigen Vereinsverbot in Döbeln versprechen wir uns auch, dass es eine Wirkung in der sächsischen Neonaziszene hinterlässt", so Markus Ulbig. Es gebe noch viel Arbeit. Bernd Merbitz leitete aufgrund der umfangreichen Asservate ab, dass "es sich nicht um eine unbedeutende Truppe der Szene gehalten hat. Sie spielten im Netz freier Kameradschaften eine wichtige Rolle für den Raum Döbeln".

Bei den Hausdurchsuchungen in Döbeln gestern Morgen stellten über 30 Bedienstete des OAZ umfangreiches Beweismaterial sicher. Das müsste noch ausgewertet werden, woraus sich möglicherweise Ermittlungen zu Straftat durch die Staatsanwaltschaft gegen die Mitglieder ergeben könnten. Außerdem wurden gestern mehrere Internetseiten abgeschaltet. Beim Online-Auftritt von "Pinselstriche.org", einer Plattform für die Verbreitung rechtsextremer Ideologien, hoffen die sächsischen Behörden auf Unterstützung des Bundeskriminalamtes. "Der Server, über den die Seite betrieben wird, befindet sich in der Türkei", so Merbitz.

Die zum Kern der NSD zählenden sechs Personen, bei denen die Hausdurchsuchungen am Montag durchgeführt worden, befinden sich auf freiem Fuß. Die Ermittlungen würden aber

weiter andauern. Rechtlich gesehen hätte die Gruppierung Möglichkeit, juristisch gegen das Verbot vorzugehen. Das Verbot, das auch die rechtsextreme Musikgruppe "Inkubation" einschließt, die zur Döbelner Vereinigung gezählt wird, würde ausschließen, "dass Ersatzorganisationen gegründet werden dürfen", erklärte Landespolizeipräsident Rainer Kann.
Thomas Lieb

Hans-Joachim Egerer, Oberbürgermeister Döbeln, CDU: "Ich begrüße das Vorgehen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern." Der Rathauschef wertet das Verbot des Nazi-Vereins als "ersten Schritt, um rechtsextreme Aktivitäten einzugrenzen." Damit allein sei es aber noch nicht getan. "Das rechtsradikale Gedankengut in den Köpfen ist damit noch nicht beseitigt."

Henning Homann, SPD-Landtagsabgeordneter: "Ich begrüße es ausdrücklich, dass Staatsminister Ulbig die Vereinigung 'Nationale Sozialisten Döbeln' verboten hat." Der SPD-Mann sieht das Verbot als einen Schlag gegen die Freien Kräfte in der Region an. "Es darf nur der Anfang sein", sagt Homann. Er befürwortet Prävention, um braunem Gedankengut früh den Nährboden zu entziehen.

Sven Liebhauser, Döbelner CDU-Stadtrat und Landtagsabgeordneter: "Ich begrüße die Entscheidung des Ministers ausdrücklich." Die Nationalen Sozialisten Döbeln richten sich nach seinen Worten gegen die verfassungsmäßige Ordnung. "Deshalb gehören sie verboten."

Axel Buschmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Döbelner Stadtrat: "Ich kannte diese Gruppierung gar nicht so konkret." Der Rechtsanwalt hat aber Schmierereien und Papierschnipsel wahrgenommen, welche Mitglieder des Nazi-Vereins ab und an rumgeschmissen haben. "Ich finde es in Ordnung, mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen Feinde der Verfassung vorzugehen."

Ullrich Kuhn, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Döbelner Stadtrat: "Ein Verbot drängt die Szene in den Untergrund. Ich bin für eine politische Auseinandersetzung." Zudem seien die Braunen in Döbeln recht dünn gesät. "Aus dem kriminalpräventiven Rat weiß ich, dass sich die rechtsextreme Szene eher in Richtung Rochlitz verlagert hat."

Jörg Neumann, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Stadtrat Döbeln: "Ich habe von denen noch nichts gehört." Darum könne er zu dem Verbot der Nationalen Sozialisten Döbeln auch nicht viel sagen. Nur: "Der Innenminister muss gute Gründe für ein solches Verbot haben."

Wolfgang Müller, Vorsitzender der Fraktion "Freie Wähler" im Döbelner Stadtrat: "Mir war gar nicht bekannt, dass es so was gibt." Er wünscht sich aber folgendes: "Alles, was wir zum Beispiel ins Haus der Demokratie investieren, sollte mehr Früchte tragen." Der verbotene Nazi-Verein sei keine Frucht. "Das ist Unkraut."

Dietmar Damm, Vorsitzender der Stadtrats-Fraktion "Wir für Döbeln": "Ich kann das Verbot nur begrüßen." Obwohl die Nazi-Truppe nach der Ansicht des Stadtrates in Döbeln keine überragende Rolle spielt. "Ich kannte die bisher gar nicht", sagt er. Trotzdem: "Ich kann die überhaupt nicht gebrauchen."

Werner Busch, Vorsitzender der Partei die Linke im Stadtrat Döbeln: "Die Nachricht habe ich sehr begeistert aufgenommen, bin 100prozentig für das Verbot" Endlich greife das Land gegen solche absolut Gestrigen durch. Den Rückgang rechter Präsenz in Döbeln schreibt er auch den vielen Gegendemonstrationen zu.